

10.11.1997

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Zukunftsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen

#### I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Haushaltssituation in NRW hat sich in den vergangenen Jahren weiterhin verschlechtert. Insbesondere der Investitionshaushalt des Landes hat hierunter erheblich gelitten. 1980 wurden in NRW noch 22,4% des Haushaltsvolumens für Investitionen genutzt, 1997 sind dies nur noch 10,5%. Fast ein Drittel dieser Investitionsmittel sind Gelder des Bundes, die dem Land für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Die deutschen Flächenländer (alt) ohne NRW nutzten im Jahr 1997 13,1% ihres Haushaltsvolumens für Investitionen. In Bayern betrug die Investitionsquote 17,5%, der Bund investierte 13,6%. Um nur den Durchschnitt der alten Flächenländer zu erreichen, müßte NRW seinen Investitionshaushalt 1998 um rd. zwei Milliarden. DM aufstocken.

Durch die Vernachlässigung des Investitionshaushalts sind gigantische Investitionsstaus entstanden, die zur Lähmung des Landes beitragen und eine erhebliche Erblast für die nachfolgenden Generationen bedeuten. Neben dem Schuldenabbau ist die Stärkung des Investitionshaushalts daher die dringlichste Aufgabe der nordrhein-westfälischen Finanzpolitik. Die Stärkung der Investitionskraft des Landes ist im übrigen auch geboten, um die Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens zu stärken und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Durch eine Milliarde DM Investitionen werden rd. 12.500 Arbeitsplätze direkt geschaffen und gesichert. Hinzu kommen weitere 1.000 - 1.500 Arbeitsplätze durch sekundäre Beschäftigungseffekte. 80% dieser Arbeitsplätze können nach Erhebungen des Bundes mit bislang erwerbslosen Arbeitskräften besetzt werden. Eine Verringerung der Zahl der Erwerbslosen und die damit korrespondierende Zunahme der Steuerzahler wirkt sich schließlich wiederum durch höhere Steuereinnahmen positiv auf den Landeshaushalt aus.

Datum des Originals: 10.11.1997/Ausgegeben: 10.11.1997

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

2. Größere und bedeutende Investitionsstaus bestehen in NRW insbesondere in folgenden Bereichen:

- Die Straßen des Landes sind in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt worden. Für den Unterhalt, den Erhalt, den Um- und Ausbau sowie den Ausbau von Landesstraßen ist ein Investitionsstau in Höhe von 1,5 Mrd. DM entstanden.
- Viele Kommunen sind nach dem Rückzug des Landes aus der ehemals gewährten Komplementärfinanzierung nicht mehr in der Lage, Mißstände und Schäden im Bereich des kommunalen Verkehrsnetzes zu beheben. Dadurch sind in etlichen Kreisen, Städten und Kommunen hohe Investitionsstaus entstanden.
- Die 25 nicht bundeseigenen Eisenbahnen in Nordrhein-Westfalen haben herausragende Bedeutung insbesondere für wirtschafts- und strukturschwache Gebiete. Die Investitionszuschüsse des Landes für den Erhalt und den Ausbau dieser Eisenbahnen sind völlig unzureichend.
- In NRW existieren 450 Unternehmen der Bahntechnik mit über 60.000 Beschäftigten. Die mit der "Landesinitiative Bahntechnik" beabsichtigte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere mittlerer und kleinerer Unternehmen ist wegen zu geringer Investitionszuschüsse des Landes nur höchst unzureichend möglich.
- Investitionen für den Ausbau und die Erneuerung von Flughäfen werden in NRW nur noch zur Verbesserung der Sicherheit und des Umweltschutzes getätigt. Darüber hinaus besteht jedoch insbesondere im Bereich der Regionalflughäfen erheblicher Ausbau- und Erneuerungsbedarf.
- Bei den Liegenschaften vieler nordrhein-westfälischer Kommunen besteht dringender Sanierungsbedarf, der aus eigener Finanzkraft oft nicht gedeckt werden kann. Dies gilt insbesondere für die Schulen, deren Bausubstanz vielerorts in desolatem Zustand ist.
- Für die Sanierung der Bausubstanz der nordrhein-westfälischen Hochschulen werden rd. vier Milliarden DM benötigt. Hinzu kommt ein Bedarf von weiteren 200 Mio. DM für die Sanierung und Modernisierung der bestehenden Studentenwohnheime.
- Beim Krankenhausbau besteht ein Investitionsstau von rd. 3,5 Mrd. DM. Neu-Um- und Erweiterungsbauten werden seit Jahren verschoben, die wesentliche Bausubstanz stammt aus den Nachkriegsjahren. Von den angemeldeten Maßnahmen können 1998 nicht einmal fünf Prozent berücksichtigt werden.
- Auch bei den Verwaltungsgebäuden des Landes besteht ein erheblicher Sanierungsstau, der auf rd. zwei Milliarden DM beziffert wird.

- Die technische und materielle Ausstattung der Hochschulen veraltet immer mehr. Bei der Geräte- und Maschinenausstattung sowie im Bereich der Universitätsbibliotheken haben sich riesige Investitionsstaus gesammelt, die Forschung und Lehre in NRW behindern.
  - Im Bereich der Polizei geht die Ausstattung mit moderner Technik wegen zu geringer Investitionsraten viel zu langsam voran. Die im Jahr 1992 beschlossene Neuausstattung der Polizei mit Informations- und Kommunikationstechnik mit einem Gesamtvolumen von 400 Mio. DM soll im Jahr 2002 beendet sein. Die Polizeibehörden des Landes hätten zu diesem Zeitpunkt den Stand erreicht, der im Jahre 1992 für notwendig erachtet wurde. Es liegt auf der Hand, daß dieses Investitionstempo bei der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik vollkommen unzureichend ist.
  - Die Ausstattung der Justiz mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik ist über Jahre hinweg vernachlässigt worden. Erst 1995 wurde ein 480-Mio.-Programm zur Modernisierung der Justiz beschlossen. 1998 ist hierfür eine Jahresrate in Höhe von 22 Mio. DM vorgesehen. In Anbetracht der Tatsache, daß die Durchführung dieses äußerst notwendigen Programms bei diesem Tempo mehr als 20 Jahre in Anspruch nehmen würde, ist eine Aufstockung dringend erforderlich.
  - Schließlich bestehen weiter erhebliche Investitionsstaus im Bereich der Altlastensanierung. In NRW existieren derzeit mehr als 25.000 altlastenverdächtige Flächen. Für das Haushaltsjahr 1997 wurden Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 173 Mio. DM zu den Dringlichkeitslisten gemeldet, von denen allenfalls ein Viertel bedient werden können.
3. Zur Beseitigung der nordrhein-westfälischen Investitionsstaus sind zusätzliche Mittel zu mobilisieren. Im Rahmen eines Fünf-Jahres-Programms ist jährlich eine Milliarde DM zusätzlich dem Investitionshaushalt des Landes zuzuführen. Die zusätzlichen Mittel sind 1998 wie folgt auf die einzelnen Bereiche zu verteilen:
- |  |   |             |
|--|---|-------------|
| - Landesstraßenbau                             | + | 200 Mio. DM |
| - kommunaler Straßenbau                        | + | 22 Mio. DM  |
| - Eisenbahnförderung                           | + | 14 Mio. DM  |
| - Landesinitiative Bahntechnik                 | + | 4 Mio. DM   |
| - Ausbau von Flughäfen                         | + | 10 Mio. DM  |
| - Investitionspauschale für Kommunen (Schulen) | + | 50 Mio. DM  |
| - Hochschulbau                                 | + | 200 Mio. DM |
| - Krankenhausbau                               | + | 200 Mio. DM |
| - sonstige landeseigene Gebäude                | + | 100 Mio. DM |
| - IuK-Technik für Polizei                      | + | 25 Mio. DM  |
| - IuK-Technik für Justiz                       | + | 25 Mio. DM  |
| - Materielle Ausstattung der Hochschulen       | + | 50 Mio. DM  |
| - Altlastensanierung                           | + | 100 Mio. DM |

4. Die Finanzierung des Investitionsprogramms erfolgt durch Veräußerung von entbehrlichem Landesvermögen und durch aktives Immobilienmanagement. So gehören Schätzungen der Verwaltungshochschule Speyer zufolge z.B. dem Land rd. 131.000 Hektar Grundbesitz im Wert von rd. 42 Mrd. DM. Das Land ist weiter Gläubiger von Forderungen in Höhe von 4,8 Mrd. DM. Schließlich verfügt NRW auch nach dem Verkauf der Lufthansa-Anteile und des Anteils am Flughafen Düsseldorf über erhebliches Beteiligungsvermögen. Hiervon schlägt alleine der 43,2%-Anteil an der WestLB mit mindestens 3,5 Mrd. DM zu Buche. Von diesem Anteil sollte sich das Land bis auf eine Sperrminorität von 25,1% trennen. Die zu veräußernden 18%-Anteile dürften einen Erlös von schätzungsweise 1,5 Mrd. DM erbringen.

Zur Finanzierung des Programms "Zukunftsinvestitionen für NRW" werden bis zum Jahr 2002 fünf Milliarden DM benötigt.

Die Deckung dieses Finanzbedarfs erfolgt aus folgenden Bereichen:

- 1,5 Mrd. DM aus dem Erlös von WestLB-Anteilen
- 1 Mrd. DM aus der Veräußerung von Forderungen
- 2,5 Mrd. DM aus aktivem Immobilienmanagement

## II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- Das o.g. Investitionsprogramm im Rahmen einer Ergänzungsvorlage im Haushaltsentwurf 1998 zu verankern und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung fortzuschreiben.
- Die notwendigen Vorbereitungen für ein aktives Immobilienmanagement zu treffen, um die Finanzierung des Programms "Zukunftsinvestitionen für NRW" bis zum Jahr 2002 sicherzustellen.

Dr. Helmut Linssen

und Fraktion